

## Die innenpolitischen Probleme des Saarlandes nach der Rückgliederung

### 1. Die Rückgliederungsplanung der Ministerialbürokratie

Die politischen Probleme der Abstimmung hatten bis 1935 eindeutig den Vorrang vor der Rückgliederungsplanung der Bürokratie. Dieser Sachverhalt unterscheidet die Rückgliederungsverhandlungen von 1929/30, die teilweise bis ins Einzelne gehende Pläne mit sich brachten, von der Planung vor 1935. Zwar mag das Erfordernis, Frankreich gegenüber 1929 feste Vorstellungen einer vorzeitigen Rückgliederung zu haben, teilweise den Unterschied erklären. Doch fanden Anregungen, die 1934 für die wirtschaftliche Rückgliederungsplanung von Behörden und Wirtschaftskreisen<sup>1</sup> ausgingen, nur ein geringes Echo, ein Zeichen, daß die Reichsführung die politischen Probleme vorrangig behandelte. Auch die Anweisung an die Reichspresse, wirtschaftliche Rückgliederungsfragen nur mit Vorsicht zu behandeln<sup>2</sup>, deutet die mangelnde Konzeption in der Wirtschaftsplanung an. Offiziell wurde die wirtschaftliche Zukunft des Saargebiets nach der Rückgliederung jedoch mit großem Optimismus gesehen<sup>3</sup>. Wirtschaftliche Maßnahmen hatten Bedeutung, sobald ein politischer Hintergrund bestand. Ein solcher Fall ist die 1933 und 1934 durchgeführte Ablösung französischer Kleinkredite und Hypotheken mit Reichsmitteln durch den nationalsozialistischen „Trutzbund für wirtschaftliche Gerechtigkeit“ unter Mitwirkung der NSDAP-Saar und des preußischen Saarvertrauensmannes. Dagegen gelang vor dem Römischen Abkommen vom 3. Dezember 1934 keine umfassende Regelung der Kreditlage der Saarlwirtschaft<sup>4</sup>. Gleichermaßen begann die Rück-

<sup>1</sup> Vgl. Rdschr. des Gestapo-Amtes v. 29.1.34: BA R 431/260, Bl. 32ff.; Vertrauliche Presseinformationen v. 20.2. u. 25.5.34: BA ZSg. 101/27, Bl. 17 u. 181ff.; Rdschr. des Preuß. Innenministers v. 21.3.34, Aufzeichnung Voigts v. 28.3.34 mit Anlage („Richtlinien für einen Generalwirtschaftsplan für das . . . Saargebiet nach (der) Rückgliederung“): AA . . . betr. Wirtschaftliche Angelegenheiten, Bd. 25.

<sup>2</sup> Presseanweisungen v. 27.9. u. 22.10.34: BA ZSg. 101/4, Bl. 126 u. 154 sowie ZSG 102/1 (27. Ausrichtung).

<sup>3</sup> Vgl. Gewerkschaftliche Rundschau. Halbmonatsschrift der Deutschen Gewerkschaftsfront-Saar, Nr. 8 v. 19.4.34: „Die wirtschaftliche Seite der Saar-Rückgliederung“; Röchling, Wir halten die Saar! S. 130ff.; Karcher, Bodo, Saarlwirtschaft und Rückgliederung, in: Grabowsky-Sante, Grundlagen, S. 280ff. Bemerkenswert ist, daß in dem Sammelwerk von Grabowsky-Sante außer dem kaum konkrete Angaben enthaltenden Beitrag von Karcher die Wirtschaftsprobleme des Saargebietes fast nicht behandelt werden. Vgl. auch Balk, Saar, S. 122ff.; ferner: Presseanweisung v. 12.12.34: BA ZSg. 101/4, Bl. 213.

<sup>4</sup> Schr. des Vizekanzlers v. 13.6.33 an den RWiM und dessen Antw. v. 29.6.33: BA R 53/91, Bl. 3ff.; Schr. des Min.dir. Laverrenz (Preuß. Handelsmin.) v. 14.9.33 an StS Lammers: BA R 431/253, Bl. 215; Handelsbericht der Reichsbankstelle Saarbrücken 1932/33: ebda., Bl. 414f. Weitere Vorgänge siehe GehStA, P 134/288; ferner: Verm. Voigts v. 8.1.34, Rdschr. des „Trutzbundes“ v. Dez. 33, Niederschr. einer Besprechung der beteiligten Reichsressorts v. 31.1.34 sowie weitere Vorgänge: AA . . . betr. Wirtschaftl. Angelegenheiten, Bd. 25-28. Vgl. auch SDN JO XV 1934, S. 1634ff.